№ 415
A 175

Morgen-Ausgabe

Berlin

Sonnabend, 2. September 1922

Vossische Zeitung

Begründet 1704

6 Mark

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Kunstdruck-Beilage „Zeitbilder". Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt, Kurszettel der Berliner Börse, Grundstück und Hypothek, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Sport-Beilage, Für Reise und Wanderung.

Durch eigene Boten und durch die Post monatlich 160 Mark, unter Streifband 220 Mark im Inland, 240 Mark nach dem Ausland. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streiks kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigen: Zeile 40 Mark, Familienanzeigen 15 Mark netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmte Nummer.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul Elbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff 3600 — 3663; für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686 — 3695. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Die interalliierte Schuldenkonferenz.

Die Entscheidung des Ministerrats.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

b **Paris**, 1. September.

Der Ministerrat, der die gestrige Entscheidung der Reparationskommission sanktionieren mußte, wenn ein Bruch mit England vermieden werden sollte, trat am heutigen Vormittag unter dem Vorsitz Millerands zusammen. Der Presse wurde folgendes Communiqué übergeben:

„Da die Reparationskommission Deutschland das verlangte Moratorium nicht bewilligt hat, ist der Ministerrat der Ansicht, daß er für den Augenblick nur Kenntnis von dieser Entscheidung zu nehmen hat. Da Belgien, das infolge seines Prioritätsrecht die nächsten Zahlungen in ihrer Gesamtheit zu erhalten hat, die von der Kommission angenommenen Modalitäten nicht nur angenommen, sondern sogar selbst vorgeschlagen hat, war der Ministerrat der Meinung, daß er seine Handlungsfreiheit bis zum Inkrafttreten der vorgesehenen Bedingungen wahren müsse. Der Ministerrat hat ferner beschlossen, getreu der Idee, die der Ministerpräsident in London vertreten hat, darauf zu bestehen, daß eine Konferenz einberufen wird, zu der alle Verbündeten ohne Ausnahme eingeladen werden sollen und die die Fragen der interalliierten Schulden und der Reparationen in ihrer Gesamtheit studieren soll."

Außerdem hat der Ministerrat den Text der Antwort auf die Note Balfours über die interalliierten Schulden festgesetzt.

Nächsten Donnerstag findet ein neuer Kabinettsrat und am 21. September ein neuer Ministerrat unter dem Vorsitz Millerands in Rambouillet statt.

In dem Brief, den Poincaré im Einverständnis mit dem Ministerrat in Beantwortung der Balfour-Note an den englischen Botschafter in Paris gerichtet hat, wird ausgeführt, die französische Regierung sei ebenso wie die englische davon überzeugt, daß das Problem der Reparationen nur dann gelöst werden könne, wenn es auf irgendeine Weise mit dem Problem der interalliierten Schulden verknüpft werde. Die französische Regierung betrachte es als notwendig, daß diese Frage in Kürze in allen ihren Punkten geprüft werde, und zwar in einer Konferenz, zu der alle interessierten Staaten ohne Ausnahme eingeladen werden sollen.

Poincaré glaubt, bemerken zu müssen, daß ein Vergleich zwischen den Kriegsschulden der Verbündeten untereinander und der Reparationsschuld nicht möglich sei. Wenn die verbündeten Regierungen sich nicht gegenseitig geholfen hätten, wäre der Krieg entweder schlecht ausgegangen, oder er hätte länger gedauert. Diese Schulden wurden daher im gemeinsamen Interesse aufgenommen. Im Laufe der Friedensverhandlungen, so heißt es weiter, hätten die Siegerstaaten beschlossen, zum ersten Male in der Geschichte darauf zu verzichten, daß der Besiegte die ganzen Kriegskosten bezahle. (!) Wenn jetzt die Bezahlung der Kriegsschulden verlangt würde, so würde ein Teil davon auf diejenigen verbündeten Länder zurückfallen, die militärisch die größten Anstrengungen gemacht haben und die größten Lasten des Krieges trugen. Im Gegensatz hierzu soll die deutsche Reparationsschuld dazu dienen, die absichtlichen und unnötigen Zerstörungen wieder gut zu machen und die Pensionen zu bezahlen, die die verbündeten Regierungen durch die Schuld Deutschlands tragen müssen. Selbstverständlich müsse diese Reparation das Vorrecht vor allen anderen Schulden haben. Was Frankreich angeht, so sei es bereits gezwungen worden, seine verwüsteten Provinzen aus eigenen Kräften aufzubauen. Diese Vorschüsse belasteten besonders sein Budget. Es könne daher nicht die Rede davon sein, eine Regelung der Kriegsschulden ins Auge zu fassen, so lange die für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete gemachten Aufwendungen nicht durch Deutschland oder durch entsprechende Kombinationen gedeckt seien.

Der Eindruck in England.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

c **London**, 1. September.

Obgleich man in England natürlich bedauert, daß das Moratorium als solches von der Reparationskommission abgelehnt wurde, ist man doch von der Wendung der Dinge nicht unbefriedigt. Die offizielle Ansicht ist die, daß das Problem nur vertagt ist und sicherlich in wenigen Monaten wieder erscheinen wird, wenn die ganzen Verhandlungen noch einmal beginnen müssen. Frankreich hoffe, daß auf der Antwort auf die Balfour-Note eine Konferenz aufgebaut werden könne, und daß sie dazu helfen werde, das Problem zu lösen. In England ist man nicht abgeneigt, eine Diskussion zu eröffnen, sobald die Franzosen in etwas elastischerer Geistesverfassung sind, aber Lloyd George ist nicht bereit, irgendetwas anzubieten, solange die französische Regierung noch von „isoliertem Vorgehen" spricht.

Blättermeldungen zufolge ist der Schatzkanzler Sir Robert Horne heute vormittag aus Schottland nach London zurückgekehrt, wo er mit Sir John Bradbury zusammentraf. Beide verließen London und begaben sich zu Lloyd George aufs Land.

Die befriedigten Belgier.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

b **Paris**, 1. September.

Aus Brüssel wird gemeldet, die Entscheidung der Reparationskommission sei dortr sehr günstig aufgenommen worden. Man betont, daß die Kombination Belgien Genugtuung gebe, und daß Frankreich seinerseits ebenfalls Grund habe, zufrieden zu sein, denn das Moratoriumsgesuch sei abgelehnt worden.

Der Vorteil der Kombination sei darin zu sehen, daß Deutschland wirklich zahle, denn die von der Reparationskommission verlangten Golddepots bildeten in der Tat eine absolute Sicherheit.

Die Brüsseler Zeitung „Le Soir", die im allgemeinen über das gut unterrichtet ist, was man in Regierungskreisen denkt, schreibt: „Schließlich begünstigt diese Kombination die Lösung der Gesamtfrage der Reparationen. Belgien kann nunmehr ruhig seine Schatzscheine diskontieren. Die Banken werden ihm zweifellos gern Vorschüsse auf die Golddepots geben. Indem die belgische Regierung diese Schatzscheine in Umlauf setzt, wird sie die Mittel finden, die Summe zu realisieren, die ihr aus der Ausübung ihrer Priorität zustehe. Das ist eine glückliche Lösung, die eine glänzende Zukunft einleiten kann, wenn die Haltung Deutschlands und die amerikanischen Wahlen erlauben werden, im Dezember eine neue Konferenz abzuhalten."

*

Zu den vorstehend wiedergegebenen Aeußerungen der Brüsseler Presse ist zu bemerken, daß in der Entscheidung der Reparationskommission die Hinterlegung von Golddepots nur als eine der möglichen, nicht als die Garantie für die Schatzscheine bezeichnet worden ist, und daß vom deutschen Standpunkt diese Form der Garantieleistung nach wie vor als ausgeschlossen gelten muß.

Die Schlacht bei Afium-Karahissar.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

ch ✱ Paris, 1. September.

Aus Angora wird gemeldet, daß der Vormarsch der türkischen Truppen in fast allen Abschnitten andauert. In Abschnitt Afium-Karahissar rücken die Türken parallel mit der Eisenbahnlinie Uschak—Afium-Karahissar vor. Die Griechen ziehen sich überall unter Verlusten zurück. Auch im Abschnitt Brussa dauert der türkische Vormarsch an. Die Griechen haben **kaum mehr Hoffnung, Brussa retten zu können.**

Der griechisch-türkische Kriegsschauplatz.

Andererseits veröffentlicht der griechische Generalstab folgenden Bericht vom 1. September: „Die Front von Ismed ruhig. Front Eskischehir: Starke feindliche Infanterie- und Artillerie-Angriffe wurden zurückgewiesen. Der versuchte Handstreich des Feindes gegen die Eisenbahn bei Uschack ist gescheitert. Die große Schlacht bei Afium-Karahissar, die am Sonnabend begonnen hat, hat Dienstag und Mittwoch in veränderlicher Heftigkeit angedauert. In der Gegend von Ullzak und Tulubunar ziehen sich die Truppen kämpfend unter starkem Druck des Feindes in Uebereinstimmung mit der Entscheidung des Oberkommandos zurück."

Mehr Geld.

Von
Georg Bernhard.

Was Eingeweihte schon seit längerer Zeit befürchteten, ist am letzten Ultimo zur Tat geworden: die Reichsbank war nicht in der Lage, die Menge Noten auszugeben, die der Verkehr brauchte. Die Privatbanken zahlten daher in ihren Depositenkassen teilweise nur etwa 3000 M. auf Schecks aus, und eine Reihe von Unternehmungen war nicht imstande, die Gehälter ihrer Arbeiter und Angestellten auszuzahlen. Mit allen möglichen Kunstgriffen ist es wohl schließlich im großen und ganzen gelungen, allzu unangenehme Stockungen und Zwischenfälle zu vermeiden. Aber der Mangel an Geldzeichen hätte doch auch sehr leicht zu sehr bösen Zuständen führen können. Es war ein Glück, daß gerade um den Ultimotag herum die Dollarbewegung rückläufig war. Man stelle sich einmal vor, was passiert wäre, wenn die Offenbarung des Mangels an Zahlungsmitteln zusammengetroffen wäre mit einem stürmisch aufwärtssteigenden Dollarkurs und einer dadurch bewirkten panikartigen Neigung zu Vorratseinkäufen von Lebensmitteln. Die Reichsbank führt diese Unzulänglichkeit ihres Notenvorrats ausschließlich auf den Buchdruckerstreik zurück, während dessen sie um etwa zwölf Milliarden Mark mit dem Druck von Banknoten im Rückstand geblieben sei. Es hat auch nachträglich gar keinen Zweck, zu untersuchen, ob die Reichsbankleitung nicht trotzdem in der Lage gewesen wäre, durch rechtzeitige Maßnahmen die Möglichkeiten einer zureichenden Befriedigung des Geldzeichenbedarfs zu sichern. Es scheint vielmehr wichtiger, diesen Vorfall zu benutzen, um einmal der Oeffentlichkeit zu zeigen, wie falsch die landläufigen Währungs- und Geldvorstellungen sind, die sich in Deutschland in den letzten Jahren eingebürgert haben.

Das Gebiet des Geldwesens ist im großen Publikum viele Jahre ein Buch mit sieben Siegeln gewesen. Dieses Buch schien plötzlich entsiegelt, da jedermann die schönen Fremdwörter „Valuta" und „Inflation" im Munde führte. Aber wenn auch die Kenntnis des Geldwesens durchaus nicht in einer Geheimwissenschaft verborgen ist, so ist doch die lebenspendende Kraft, die das Funktionieren der kapitalistischen Wirtschaftsmaschine in Bewegung hält, nicht derart leicht zu begreifen, daß sie sich aus ein paar Dutzend Schlagworten erklären ließe. Insbesondere muß es zu folgenschweren Irrtümern führen, wenn man glaubt, daß die Vermehrung der Notenausgabe das Wesen der Inflation ausmacht. Man erinnert sich dabei aus der Geschichte des Geldwesens, daß im Mittelalter typische Inflationserscheinungen eingetreten sind, wenn, wie in der Kipper- und Wipper-Zeit, die Fürsten das gute Geld einschmolzen, um daraus größere Mengen schlechten Geldes herzustellen. Daraus entstand die Idee, daß dieser vermehrte Geldumlauf die Schuld an dem folgenden Steigen der Warenpreise getragen habe, und daß daher die volkswirtschaftlich schädliche Inflation einer Vermehrung der Geldzeichen gleichkomme. Aber schon damals war der wesentliche Vorgang, der die Revolutionierung des Wirtschaftslebens hervorrief, gar nicht irgendeine Veränderung im Geldapparat. Der Kernpunkt war vielmehr, daß durch die Geldumschmelzung die Fürsten in die Lage versetzt waren, mit den vermehrten Geldmitteln mehr zu kaufen, als es nach dem inneren Wert des Geldes möglich gewesen wäre, weil sie in jedem neuen Geldstück dieselbe Werteinheit vortäuschten, die das gute alte Geld repräsentierte. Sie schufen sich auf diese Weise künstlich neue Kaufkraft. In dieser Schaffung „künstlicher Kaufkraft" von Seiten der Obrigkeit liegt das Wesen der Inflation. Solche künstliche Kaufkraft ist auch im Deutschen Reich während des Krieges und in den Zeiten nach dem Zusammenbruch geschaffen worden, indem das Reich, anstatt nur das auszugeben, was es durch Steuern den Bürgern abnahm oder von den aufgesammelten Kapitalien des Volkes in Form von Anleihen zur Verfügung gestellt bekam, ohne Rücksicht auf diese natürliche Begrenzung seiner Kaufkraft Wechsel ausstellte und die Reichsbank zwang, diese Wechsel gegen umlaufsfähige Banknoten einzutauschen.

Die Vermehrung der Banknoten ist also nicht etwa nur die Ursache der Inflation, sondern lediglich ihr äußeres Symbol. Aber die Menge der umlaufenden Noten ist kein zureichender Maßstab für den Umfang der Inflation. In der modernen Kreditwirtschaft drückt sich die Kaufkraft, die in einem Volk besteht, nicht in der Menge des umlaufenden Geldes aus. Diese Kaufkraft wird daher repräsentiert ebenso durch den Besitz an wirklichem Geld wie durch den Besitz an Guthaben bei den Banken und Sparkassen. Es kann mithin im Prinzip innerhalb der modernen Kreditwirtschaft eine sehr starke Inflation bestehen, ohne daß der Banknotenumlauf sich vermehrt. Denn nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der Zahlungen wird in der Regel heute noch in bar abgewickelt. Der viel größere Teil durch Scheckübertragung und Giroüberweisung.

Aber auch in der entwickeltsten Kreditwirtschaft bleibt immer noch ein genügend breiter Raum für die Barzahlung. Der Umsatz im Kleinverkehr und vor allem die Auszahlung der